

Wirtschaft  
**Eiszeit in der Europäischen Union**

Hannelore Crolly  
844 words  
3 May 2008  
Die Welt  
DWBE-HP  
10  
103  
German

Copyright 2008 Axel Springer AG . Zusatzhinweis: "Dieser Artikel darf ohne die vorherige Zustimmung des Verlages nicht weiter-verbreitet werden. Dies ist eine Einschränkung der Rechte, die Ihnen generell hinsichtlich der Factiva-Dienste eingeräumt wurden." Notice: "This article may not be redistributed without the prior consent of the Publisher. This is a restriction on the rights granted under the terms of your subscription for Factiva Services."

Irland stimmt über den Vertrag von Lissabon ab - Brüssel tut alles für gute Stimmung und vermeidet Konfliktthemen

Brüssel - Margot Wallström, Vize-Präsidentin der EU-Kommission, muss schier das Herz gestockt haben, als sie die Schlagzeile sah: In sechs Zentimeter großen Lettern prangerte die irische "Daily Mail" vor wenigen Tagen die hinterlistige Täuschung der Bürger über den EU-Vertrag von Lissabon an. Ein perfider Plan der Regierung, argwöhnte das europaskeptische Blatt, solle das Volk hinter Licht führen. Und sie, die Vizepräsidentin, habe dafür die freundliche Unterstützung der EU-Kommission zugesichert. Die Wellen schlugen hoch auf der grünen Insel.

Mit geschönten Aussagen sollten die Iren im Juni beim Referendum über das Vertragswerk zum "Ja" bewegt werden, hieß es mit Verweis auf eine vertrauliche Email zwischen zwei Diplomaten. Und Wallström habe dem irischen Außenminister versichert, Brüssel werde alle Gesetzesvorschläge aufschieben oder abschwächen, die der guten Stimmung schaden könnten.

Zwar dementierten Wallström und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso umgehend. "Die Kommission kommt weiterhin wie gehabt ihren Aufgaben nach", teilte die Schwedin mit. Ohnehin sei die Abstimmung in Irland eine rein nationale Angelegenheit. Doch auch in Brüssel hält sich die Spekulation hartnäckig, die EU-Zentrale halte wegen des Referendums derzeit die Luft an.

Irland ist das einzige EU-Mitglied, das seine Bürger über den Lissabonner Vertrag abstimmen lässt. Der mühsam ausgehandelte Kontrakt soll Europa eine neue Arbeitsgrundlage verschaffen. Voraussetzung ist allerdings die Ratifizierung in allen 27 EU-Ländern. Ein irisches "Nein" würde das ganze Projekt zu Fall bringen und Europa in eine Krise stürzen. Doch obwohl die grüne Insel immens von der EU profitiert hat, ist ein positiver Ausgang ungewiss. Denn die Gegner des EU-Vertrages, die von dem reichen irischen Unternehmer Declan Ganley unterstützt werden, nutzen jede Gelegenheit, um die Wähler in Rage zu bringen.

Tatsächlich ist Brüssel zurzeit zögerlich mit neuen Initiativen. Seit Wochen schon wurde kein größeres Gesetzesvorhaben angestoßen. Stattdessen gibt es unzählige Bestandsaufnahmen und Konferenzen zu Themen wie dem "Aufbau einer Zivilgesellschaft in Südosteuropa" oder der Zukunft des Güterverkehrs. Mit Verweis auf den versprochenen Bürokratieabbau sieht der CDU-Politiker Elmar Brok den gebremsten Schub zwar positiv. "Die Kommission sollte sich erst einmal darauf konzentrieren, die bestehenden Gesetze umzusetzen."

Doch die sozialistische Europaabgeordnete Catherine Guy-Quint aus Frankreich moniert, die Aktivitäten der Kommission seien seit Wochen allzu "reduziert", die britische Presse spricht gar vom "Ratifizierungs-Blues". Sogar einige EU-Beschäftigte der Kommission räumen ein, allzu heiße Eisen würden ungern angefasst. So steht weiterhin die seit langem angekündigte Öffnung der nationalen Gesundheitsmärkte aus. Dabei muss Brüssel dringend handeln. Denn der EU-Gerichtshof hat jedem Europäer das Recht bescheinigt, sich im EU-Ausland behandeln zu lassen.

Markos Kyprianou, bis vor kurzem Gesundheitskommissar, wollte schon am 19. Dezember eine Richtlinie vorschlagen, doch in letzter Minute wurde die Pressekonferenz mit der Begründung "Zeitnot" gestrichen. Wie es heißt, sollen besonders Großbritannien und Irland gegen Kyprianous Pläne Sturm gelaufen sein. Mittlerweile ist der Zypriener Außenminister seines Landes geworden, und seine Nachfolgerin Androula Vassiliou wird wohl deutlich abgeschwächte Vorschläge präsentieren.

Nicht gerührt wird auch an einem Thema, das den Iren heilig ist: der Steuer. EU-Kommissar László Kovács hatte 2007 kundgetan, bis 2010 eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage für europäische Unternehmen schaffen zu wollen. Das Vorhaben stieß jedoch in Irland auf empörten Widerstand, weil Dublin um Standortvorteile fürchtet. Seither hält sich Brüssel bedeckt. Und als Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde das Thema kürzlich in der Europa-Hauptstadt ansprach, versicherte Staatspräsident Nicolas Sarkozy Irland höchstpersönlich seine Unterstützung. Er sei "überrascht" über Lagardes Vorstoß gewesen und werde sie "informieren, wie sensibel das Thema mit Blick auf den Lissabonner Vertrag zu handhaben" sei, sagte Sarkozy dem irischen Politiker Brian Crowley.

Ebenfalls verschoben wurde die Diskussion um die künftige EU-Finanzierung. Dabei geht es um heikle Fragen wie jene, ob Europa künftig noch Agrarbeihilfen zahlt. Eine öffentliche Konsultation sollte Mitte April enden, doch Haushaltskommissarin Dalia Grybauskaitė verlängerte die Internetbefragung "wegen des großen Interesses" bis 15. Juni - drei Tage nach dem irischen Referendum.

Was Wunder: Die Schlagzeile, Brüssel plane ein Ende der Bauern-Subventionen, wäre für die Stimmung in Irland fatal. Das zeigt die Aufregung um die Welthandelsgespräche, zu denen Handelskommissar Peter Mandelson im Mai nach Genf reisen muss. Obwohl die Landwirtschaft nichts mit dem EU-Vertrag zu tun hat, gingen Mitte April 10 000 Bauern in Dublin auf die Straße. Bauernpräsident Pádraig Walsh drohte unverhohlen: "Für uns Bauern kommt die Entscheidung am 20. Mai. Dann muss Mandelson in Genf seine Entscheidung bekannt geben. Wird er uns verkaufen, dann wissen wir, was wir am 12. Juni zu tun haben."

Bei soviel Zündstoff halten Europapolitiker wie **Andreas Schwab** (CDU) eine Zurückhaltung von Brüssel im Prinzip für sinnvoll. "Die EU-Kommission muss sich als politische Institution begreifen. Und als solche muss sie Rücksicht nehmen, wie sie ihre Projekte verkauft." Doch trotz aller Vorsicht gerät die irische Volksseele immer wieder über Europa in Aufruhr. So berichtete eine Zeitung jüngst, Brüssel wolle bei Dudelsäcken eingreifen. Ohne Ohrstöpsel dürften Bläser nur noch 15 Minuten am Stück spielen, wurde kolportiert. Eine Sprecherin musste klarstellen, dass Brüssel mitnichten derlei Pläne hege. Das jedoch berichteten die Blätter nur ganz klein.

56828712

Document DWELT00020080503e4530003j